

Sozialismus.de

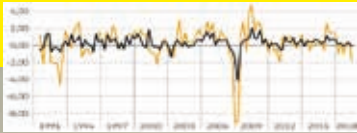
Heft 11-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



R. Detje/O. König/G. Wick:
IGM – Ende der leisen Töne

Michael Wendl: ver.di –
ein tarifpolitischer Sisypus



**Forum
Gewerkschaften**

Beiträge u.a. von

Ursula Schumm-Garling, Friedrich
Steinfeld, Kai Wagner, Mario
Kessler, Stephen Eric Bronner,
Joachim Bischoff, Hasko Hüning,
Hinrich Kuhls, Bernhard Sander



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Zu den Wahlen in Polen:

Kein Durchmarsch der Nationalkonservativen

Das wichtigste Ergebnis der Parlamentswahlen ist die absolute Mehrheit für die von Jaroslaw Kaczyński geführten Nationalkonservativen.

Die alternative Thronrede von Jeremy Corbyn:

Erneuerung und Transformation Britanniens

Johnsons konservative Regierung legt mit Pomp und Gloria dem Parlament eine Agenda vor, die sie nicht umzusetzen gedenkt und die sie auch nicht umsetzen kann.

Zu den Wahlen in Portugal

Linke Reformpolitik wiedergewählt

In Portugal haben die Parlamentswahlen das erwartete Kräfteverhältnis im Wesentlichen bestätigt. Der bisherige Premierminister António Costa hat mit erzielten 36,7% die Position seiner Sozialistischen Partei als stärkste Kraft ausgebaut, gegenüber der Wahl von 2015 4,4% hinzugewonnen und bislang 106 der insgesamt 230 Sitze in der Assembleia da República erreicht.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Bruch des Völkerrechts

Friedrich Steinfeld: Türkische Invasion in Syrien 2
Bruch des Völkerrechtes, Zerfall der NATO und Lähmung Europas

Linke Inhalte, rechte Feldzüge

Kai Wagner: Green New Deal – ein Anti-Trump-Programm
Konzeptionen und Kontroversen in der US-amerikanischen Debatte 6

Hinrich Kuhls: Neuer Gesellschaftsvertrag statt sozialer Spaltung
Zur Programmdebatte in der Labour Party 11

Bernhard Sander: Frankreich – die extreme Rechte vor einem weiteren
Durchbruch 16

Nach den fetten Jahren

Joachim Bischoff: Akkumulation im Abwärtstrend und Systemdefekte
Ende der langen Prosperitätsphase 20

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Eigentum und Arbeitsleistung 27

Unvollendete Einheit

Ursula Schumm-Garling:
Frauen in der DDR und der BRD – ein Vergleich 35

Hasko Hüning: »Die DDR war kein Betriebsunfall der Geschichte« 39

Forum Gewerkschaften

Richard Detje/Otto König/Gerhard Wick: Ende der leisen Töne
IG Metall Gewerkschaftstag 2019 – auf dem Weg in eine »neue Zeit«? 43

Michael Wendl:
ver.di – ein tarifpolitischer Sisyphus 48

Theorie & Geschichte

Stephan Krüger: Der Irrweg der »modernen« monetären Theorie
Gegenargumente zu einem vermeintlichen Königsweg zur Überwindung
des neoliberalen Mainstreams 51

Fritz Fiehler: Der späte Marx – ein Ökologe?
Über die Herausgabe der Hefte zur Agrikultur 56

Stephen Eric Bronner: Die Krise der Hoheitsgewalt
Eine geschichtliche Lehre zum 100. Jahrestag der deutschen Revolution 59

Mario Keßler: Konterrevolution und Antisemitismus
Vor 100 Jahren wurde Hugo Haase ermordet 63

Udo Achten: Es klingt so schön – weil innen hohl!
(zu Detering, Was heißt hier »Wir«?) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 57

Veranstaltungen & Tipps 68

Klaus Schneider: Joker (Filmkritik) 69

Dritte Invasion der Türkei in Syrien

Bruch des Völkerrechtes, Zerfall der NATO und Lähmung Europas

von ■ Friedrich Steinfeld



12.10.2019: Beschuss von Ras al-Ain aus der Türkei (dpa)

Während die Weltöffentlichkeit angesichts der Eskalation des von den USA vom Zaun gebrochenen Konflikts mit dem Iran noch immer den Atem anhält, wird mit der (erneuten) Invasion türkischer Truppen in Syrien die Glut eines älteren, gleichwohl äußerst bedeutsamen Konfliktherdes im weltpolitischen Pulverfass Naher und Mittlerer Osten – des kleinen Weltkrieges in Syrien – zum Feuer entfacht. Nach dem von US-Präsident Trump bereits mehrfach angekündigten und nun tatsächlich begonnenen Rückzug amerikanischer Truppen (in einer Stärke von ca. 1.000 Soldaten) aus dem Norden Syriens, wo sie bislang die kurdischen Milizen der »Volksverteidigungskräfte« YPG im erfolgreichen, aber auch verlustreichen Kampf gegen den »IS« unterstützt hatten, haben türkische Truppen ihre dritte Invasion in Syrien, die »Operation Friedensquelle«, begonnen.

Sie richte sich, so der türkische Präsident Erdoğan, gegen die »Terroristen von PKK/YPG und IS«, also gegen Kurden und die Terrormiliz des »IS«. Ziel der Operation sei es, die Schaffung eines »Terrorkorridors entlang der südlichen Grenze« der Türkei zu verhindern. Der türkische Außenminister versicherte, die Operation finde innerhalb des Rahmens statt, den das Völkerrecht

und die Resolutionen des Sicherheitsrates der UN vorgäben. Entgegen dieser türkischen Lesart handelt es sich bei allen drei Invasionen der Türkei in Syrien allerdings um einen eindeutigen Bruch des Völkerrechts. Der jetzt erfolgte dritte Angriff auf den Norden Syriens ist der weit- und zugleich folgenreichste.

Syrien – ein zerfallener Staat

Der kleine Weltkrieg in Syrien wurde zwar militärisch durch den syrischen Machthaber Assad mit massiver Unterstützung Russlands in einem auch für die Zivilbevölkerung äußerst brutalen Kriegsverlauf entschieden, Syrien ist aber nach wie vor ein »failed state«. Das Land wurde bisher nicht befriedet, und seine politische Einheit ist nach wie vor reell nicht existent. Syrien ist vor allem im Norden in viele Gebiete zerfallen, über die das Assad-Regime in Damaskus keine politische Macht ausübt.

- Die Provinz Idlib im Nordwesten Syriens ist zur Fluchtregion der Anhänger*innen der gegnerischen Kriegsparteien des Assad-Regimes geworden, unter ihnen viele Jihadisten.
- Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches mit Ende des Ersten Weltkrieges wurde den Kurden von den

damaligen Siegermächten und alten Kolonialherren Großbritannien und Frankreich trotz früherer Zusagen ein eigener Staat verweigert.¹ Das Kurdengebiet zerfiel in verschiedene Teile, weil es jeweils anderen Staaten zugeteilt wurde (Türkei, Syrien, Irak und Iran).

Siedlungsgebiete der syrischen Kurden sind die nördlichen und nordöstlichen Regionen Syriens. Den Syrienkrieg haben die dort lebenden Kurden zum Aufbau einer eigenen Selbstverwaltung genutzt. Deren zentrale Elemente sind die Gleichberechtigung der Frau, Religionsfreiheit und die Abschaffung der Todesstrafe. Trotz aller sicherlich auch vorhandener Widersprüche stellen diese Aspekte rechtliche und zivilisatorische Standards dar, die für den gesamten Nahen und Mittleren Osten Vorbildfunktion haben.

Die Frage der zukünftigen Formen des Zusammenlebens zwischen den syrischen Kurden und dem Rest des Landes ist politisch bisher nicht geklärt, obwohl es in der Vergangenheit Verhandlungen zwischen den syrischen Kurden und dem Assad-Regime gegeben hat. Angesichts der türkischen Invasion haben die Kurden – unter Vermittlung Russlands – nach der »Hand des Teufels« gegriffen und die Truppen des Assad-Regi-

mes zur Hilfe gerufen, womit Assad seinem Ziel, Syrien insgesamt wieder unter seine Herrschaft zu bringen, ein deutliches Stück nähergekommen ist.

- Mit der »Operation Euphrat-Schild« 2016 und der »Operation Olivenzweig« 2018 haben türkische Truppen bereits den nordsyrischen Kanton Afrin und weitere grenznahe Gebiete westlich des Euphrats besetzt. Die dort siedelnden Kurden wurden zum großen Teil vertrieben, die Selbstverwaltung aufgelöst.
- Mit der dritten und größten Invasion soll nun auch der lange Korridor östlich des Euphrats besetzt werden. Damit würde der von der Türkei angestrebte »Friedenskorridor« ausgeweitet, der sich dann über 480 km entlang der türkisch-syrischen Grenze erstrecken und 30 km in syrisches Staatsgebiet hineinreichen würde. Es handelt sich hierbei um ein Gebiet in der Größe Schleswig-Holsteins. Die türkischen Truppen werden von ihren syrischen Vasallen, Gegnern des Assad-Regimes wie der »Nationalen Syrischen Armee«, unterstützt.

Die Ziele der türkischen Invasionen in Nordsyrien

Oberste Priorität hat für die türkische Regierung die Bekämpfung aller kurdischen Bestrebungen nach Autonomie und Selbstverwaltung, ob im eigenen Land oder in den Nachbarländern. Für die Türkei als Nachfolgerin des zerfallenen multi-ethnischen Gebildes des Osmanischen Reiches gibt es insbeson-

dere unter dem Autokraten Erdoğan keine Toleranz gegenüber Bestrebungen ethnischer Minderheiten nach Autonomie, auch nicht nach relativer Autonomie, worauf sich die türkischen Kurden inzwischen politisch zurückgezogen haben. Die Kurdenmilizen YPG sind aus Sicht Erdogans bloß der syrische Arm der in der Türkei als Terrororganisation geltenden und daher verbotenen PKK.

Gleichzeitig sollen bis zu zwei Mio. in die Türkei vor dem syrischen Krieg geflüchtete Syrer*innen – in der Regel sunnitische Araber – in den syrischen Sektor umgesiedelt werden. Damit will man auch wachsende Konflikte zwischen der türkischen Bevölkerung und den syrischen Kriegsflüchtlingen abbauen. Die Kosten dieser Umsiedlung werden von der türkischen Regierung auf 26,5 Mrd. US-Dollar geschätzt. Die EU hat inzwischen türkische Forderungen nach Finanzhilfen für diesen Zweck abgelehnt.

Schließlich bedient Erdoğan mit seinen Invasionen in Syrien im Alltagsbewusstsein vorhandene türkische Großmacht-Phantasien, gehörten doch Teile des nördlichen Syriens und des nördlichen Iraks nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches ursprünglich zu den türkischen Gebietsvorstellungen, die von Atatürk im Rahmen von Friedensverhandlungen aufgegeben wurden.²

Insgesamt verfolgt Erdoğan mit den Syrien-Invasionen verschiedene innenpolitische Ziele. Durch martialisches Operationen im Ausland sollen die vor dem Hintergrund der Krise der türkischen Wirtschaft verschärfte soziale

Krise und die Spannungen in der türkischen Gesellschaft übertüncht sowie einer weiteren Stärkung oppositioneller Kräfte, die die politische Macht Erdogans in Wahlen zunehmend gefährden, entgegengewirkt werden.

Das Argument der Terrorismusbekämpfung durch die Invasion in Syrien ist nur vorgeschoben. Die YPG – zugleich Rückgrat der »Syrian Democratic Forces« (SDF) – ist keine terroristische Organisation, sondern hat gerade den Terror des »IS« unter großen eigenen Verlusten erfolgreich bekämpft. Demgegenüber ließ die Türkei dem jihadistischen Terror-Projekt des »IS« gerade in seiner Expansionsphase große Freiheiten, indem sie ausländische Kämpfer nahezu ungehindert nach Syrien einsickern und verletzte »Gotteskrieger« in türkischen Krankenhäusern behandeln ließ. Ankaras verdecktes Ziel war es seinerzeit, den Norden Syriens und des Iraks mithilfe des »IS« indirekt zu kontrollieren, um damit auch in den Nachbarländern in der »Kurdenfrage« die Oberhand zu behalten. Diese Strategie ist mit der militärischen Niederlage des »IS« gescheitert.

Friedrich Steinfeld ist Diplom-Psychologe, Supervisor und Mediator sowie Autor des im VSA: Verlag 2016 erschienenen Buches »Religiöser und politischer Fundamentalismus im Aufwind. Die Sehnsucht nach Identität« und des Supplements von Sozialismus.de zu Heft 2-2019 »Der Nahe und Mittlere Osten als weltpolitisches Pulverfass«.

Zum Thema dieses Beitrags siehe auch Redaktion Sozialismus: »Der türkische Autokrat eröffnet einen neuen Krieg«, Sozialismus.deAktuell vom 11.10.2019.

¹ Die Kurden sind – ähnlich wie die Palästinenser – ein Volk ohne Staat. Im Friedensvertrag von Sèvres 1920 hatten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, Großbritannien und Frankreich, den Kurden noch einen eigenen Staat versprochen. Drei Jahre später rückten sie im Vertrag von Lausanne wieder davon ab.

² Die von Atatürk schließlich akzeptierten Grenzen des Vertrages von Lausanne vom Juli 1923 blieben weit hinter dem Territorium zurück, das die junge türkische Unabhängigkeitsbewegung unter seiner Führung in ihrem »Nationalpakt« 1919 formuliert hatte (siehe Rainer Herrmann, Nach dem Plan von 1919, FAZ vom 20.3.2018). Zu diesem Territorium gehörten nicht nur der Norden Syriens mit Aleppo, sondern auch der Norden des Irak mit Mossul und Kirkuk, die dem türkischen Festland vorgelagerten Inseln der Ägäis und West-Thrakien. Während aber Atatürk mit der Formel »Frieden in der Heimat, Frieden in der Welt« diese Großreich-Phantasien begrub, aktiviert Erdoğan sie schon seit Längerem wieder.



Russland stößt in das von den USA durch Rückzug ihrer Truppen hinterlassene Machtvakuum in Nordsyrien und baut damit seine mit dem militärischen Eingreifen im Syrienkrieg wieder zurückgewonnene ordnungspolitische Machtposition im Nahen und Mittleren Osten weiter aus. Es ist davon auszugehen, dass Erdoğan mit der Kontrolle der nordsyrischen Grenzregionen durch das Assad-Regime besser leben kann als mit den von den Kurden etablierten Formen der Selbstverwaltung. Der russische Präsident Putin wird im Interesse einer Deeskalation des Konfliktes zwischen den beiden Mächten eine solche politische Lösung des Konfliktes Assad und Erdoğan schmackhaft machen. Für eine solche Lösung spricht auch, dass sich in der nordsyrischen Stadt Manbidsch inzwischen russisches Militär zwischen die türkischen und syrischen Truppen geschoben hat, um eine direkte militärische Konfrontation zwischen beiden Seiten zu verhindern. Realität werden könnte auch der russische Vorschlag, nach dem die Türkei die Kontrolle über einen schmalen Streifen entlang der Grenze und das syrische Regime die Kontrolle über den Rest Nordsyriens bekommt.

Flucht, ethnische Säuberungen und ein Comeback des IS

Angesichts der militärischen Konfrontation zwischen den in der konventionellen Kriegsführung klar überlegenen türkischen Armee und den YPG-Milizen sind laut den UN inzwischen 200.000 Menschen auf der Flucht und schon etliche zivile Opfer zu beklagen. Sollte Erdoğan Ernst machen mit der von ihm geplanten Umsiedlungsaktion syrischer Kriegsflüchtlinge, droht eine weitere Massenvertreibung der Kurden und eine drastische Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Denn in den nordsyrischen Grenzregionen leben etwa vier Mio. Kurden, dort liegen auch die sieben großen kurdischen Städte. Es käme zu einem Bevölkerungsaustausch großen Ausmaßes – zu einer ethnischen Säuberung. Mit der Konzentration der Kurden-Milizen auf die Bekämpfung der türkischen Invasoren hat die YPG die Kontrolle über die gefangen genomme-

nen IS-Kämpfer und deren Angehörige ausgesetzt. Viele Jihadisten konnten bereits fliehen. Es besteht die Gefahr, dass sich der »IS« neu formiert. Die SDF hält ca. 12.000 IS-Kämpfer gefangen, davon 2.000 ausländische Jihadisten. Hinzu kommen riesige Lager, in denen teilweise Zehntausende von Familienangehörigen des untergegangenen »Kalifats« leben. Auch wenn der »IS« nach seiner militärischen Zerschlagung keine größeren Siedlungsgebiete mehr kontrolliert, operierte er im Untergrund weiter. Die Zahl seiner aktiven Kämpfer wird immerhin noch auf ca. 18.000 geschätzt. Sollte es zu einem Comeback des »IS« kommen, wäre dies ein groteskes Resultat des Rückzuges der USA aus Nordsyrien, in dem ihr grundsätzlicher Rückzug aus der Rolle als geo-politische Ordnungsmacht zum Ausdruck kommt.

Konflikte im US-Regierungslager

Mit dem Rückzug der amerikanischen Truppen gab Trump Erdoğan faktisch grünes Licht für dessen dritte Invasion. Die Destabilisierungs- und Eskalationspolitik der Regierung Trump im Nahen und Mittleren Osten erreicht damit ein neues destruktives Stadium. Bereits zur Jahreswende 2018/19 hatte Trump den Rückzug amerikanischer Truppen aus Nordsyrien mit dem Hinweis angekündigt, die USA könnten nicht weiter der Weltpolizist³ sein und würden nur von den davon profitierenden Ländern ausgenutzt. Diesen Rückzug hat er aber aufgrund innenpolitischen Drucks bisher nicht bzw. nicht in vollem Umfang realisiert. Nun kündigte Trump den kompletten Rückzug an. Nachdem die Terrororganisation »IS« besiegt sei, sei es an der Zeit, diese »lächerlichen, endlosen Kriege zu beenden«. Die USA würden einen nach ihrem Rückzug erfolgreichen Einmarsch der Türkei in Nordsyrien weder unterstützen noch sonst wie darin involviert sein. Die Türkei werde die Verantwortung für die in der Gegend inhaftierten IS-Kämpfer übernehmen.

Trump bedient mit diesen Statements – auch im Hinblick auf seine angestrebte Wiederwahl im nächsten Jahr – die Erwartungshaltung großer Teile der amerikanischen Bevölkerung und vor allem die seiner Wählergruppen, die



Wikimedia Commons (2014)

kriegsmüde sind und für die meist auch erfolglosen militärischen US-Interventionen im Ausland nicht länger bezahlen wollen und daher die Weltpolizistenrolle der USA ablehnen. Dass Trump im selben Atemzug den Konflikt mit Iran so stark eskaliert, dass dieser schnell in eine militärische Auseinandersetzung und in einen umfassenden Flächenbrand in der Region umschlagen kann, widerspricht dem nicht grundsätzlich. Denn im Konflikt mit dem Iran geht es nicht um die Ausübung der Weltpolizistenrolle, sondern um die Maßregelung eines missliebigen Spielverderbers und Störenfrieds im Kampf der USA um die Wiedererlangung ihrer hegemonialen Position auf dem Weltmarkt, die auch die Herrschaft über die Produktion und Verteilung der globalen – fossilen – Energieressourcen einschließt.

Die Bekämpfung des »IS« lag wegen dessen Expansion in große Teile des Irak und Syriens und der Verfügung über Einnahmen aus okkupierten Bohrlöchern im direkten Interesse der USA. Mit der militärischen Niederlage des IS haben die USA ihr Hauptziel erreicht. Alles andere, etwa das Fallenlassen der syrischen Kurdenmilizen, eine erneute türkische Invasion in Syrien sowie eine daraus entstehende humanitäre Katastrophe, ist nach der Logik der Trumpschen Außenpolitik scheinbar unwichtig. Der von Trump vollzogene außenpolitische Strategiewechsel der USA von der Rolle als Weltpolizist zur rücksichtslosen Vertretung nationalistischer Interessen (»Make America great again«), ist zumindest in seinen konkreten Verlaufsformen selbst im republikanischen Regierungslager politisch heftig umstritten. So war der frühere Verteidigungsminister, Mattis, seinerzeit aus Protest gegen Trumps Rück-

zugspläne aus Nordsyrien zurückgetreten. Auch ein Falke wie Trumps früherer Sicherheitsberater, Bolton, hielt den Abzug für einen Fehler, weil er nicht nur im Interesse der Türkei, sondern auch im Interesse Irans und Russlands liege.

Der republikanische Senator Lindsey Graham, sonst ein verlässlicher Verteidiger Trumps, kündigte an, der Präsident werde mit Republikanern und Demokraten »lähmende Sanktionen« gegen die Türkei verhängen. Trump wurde vor allem durch den parteiübergreifenden Widerstand im amerikanischen Kongress faktisch zur Revision seiner ursprünglichen Haltung gegenüber Erdoğan gezwungen. Eine grundsätzliche, parteiübergreifende Abkehr von Trumps außenpolitischem Strategiewechsel ist damit aber nicht verbunden. Während sich die Demokraten deutlich von Trumps Außenpolitik distanzieren, tragen die Republikaner sie im Grundsatz weiter mit.

Ohnmacht der europäischen Außenpolitik

Der Rückzug der USA von der Rolle des Weltpolitisten und die offensive Vertretung nationalistischer und imperialistischer Interessen treffen auf einen Prozess globaler Umwälzungen und Machtverschiebungen, der vor allem im Erstarken Chinas zu einem globalen Player zum Ausdruck kommt. Der Rückzug der USA als einstige geo-politische Führungsmacht sowie die fatalen außenpolitischen Folgen dieser Destabilisierungs- und Eskalationspolitik, wie sie nicht nur, aber vor allem im Nahen und Mittleren Osten zutage treten, zerstören zunehmend das politische und militärische Bündnisystem, das ideologisch auf dem freiheitlichen Werte-Fundament des »alten Westens« aufgebaut war.

Die NATO ist inzwischen tatsächlich obsolet geworden, wie dies Trump schon in seinem ersten Präsidenten-Wahlkampf festgestellt hat. Die USA haben ihre geo-politische Führungsfähigkeit längst verloren, der NATO-Partner Türkei an der Süd-West-Flanke der NATO verletzt nicht nur innenpolitisch permanent die Menschenrechte, sondern bricht auch mit seiner dritten Invasion in Syrien erneut das internationale

Völkerrecht. Das Militärbündnis der NATO zerstört sich zunehmend selbst und droht damit auch Europa mit in den Abgrund zu ziehen. Die europäische Außenpolitik wirkt aber wie immer, wenn es um die weltpolitisch aufgeladenen Konfliktherde im Nahen und Mittleren Osten und die Destabilisierungs- und Eskalierungsstrategie der US-Außenpolitik unter Trump geht, wie gelähmt.

Europa war bisher nur zu einer Verständigung der EU-Außenminister auf einen Stopp von Waffenlieferungen an die Türkei in der Lage, und überließ die weiteren Entscheidungen den einzelnen Mitgliedsländern. Der deutsche Außenminister spricht von einem Stopp der Lieferung von Waffen, die auch im Kampf gegen die Kurden eingesetzt werden können, also von einem nur begrenzten Stopp. Schon seit Langem sind deutsche Unternehmen zentrale Ausrüster der türkischen Armee. Inzwischen wird nicht nur von den Oppositionsparteien, sondern auch von Unionspolitikern ein vollständiger Lieferstopp, der auch bereits genehmigte Waffenexporte umfasst, gefordert, was den erheblichen innenpolitischen Druck anzeigt, unter den auch die Unionsparteien durch den weltpolitischen Rückzug der USA und die türkischen Invasionen geraten sind.

Es bleibt abzuwarten, ob der US-Kongress, aber auch Europa und die deutsche Bundesregierung zu wirkungsvollen Sanktionen gegenüber der Türkei bereit und in der Lage sind. Denn:

- Erdoğan hat gegenüber Europa bereits mehrfach deutlich gemacht, die drei bis vier Mio. Flüchtlinge, die die Türkei (mit massiver finanzieller Unterstützung Europas) bei sich aufgenommen hat, nach Europa weiter ziehen zu lassen, wenn Europa die Türkei nicht ausreichend unterstützt. Diesem Druckmittel kommt umso mehr Gewicht zu, wie sich Europa in den Fragen von Flucht- und Migrationsbewegungen weiterhin selbst tief gespalten zeigt.
- Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Europa und der Türkei sind eng, viel enger als z.B. die zwischen den USA und der Türkei. Als NATO-Mitglied ist die Türkei zugleich ein gewichtiger Kunde der europäischen Waffenindustrie.

- Als NATO-Partner hat die Türkei aufgrund ihrer Scharnierfunktion zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren Osten auch eine erhebliche geo-militärische Bedeutung. Nicht umsonst setzt der russische Präsident Putin hier den Spaltkeil an, um die Türkei aus dem Militärbündnis der NATO schrittweise herauszulösen.

In dieser auch für die USA inzwischen brisanten Gemengelage hat die Trump-Administration eine »Feuerpause« der türkischen Truppen durchgesetzt, vermutlich mit der Drohung, andernfalls die angekündigten »lähmenden Sanktionen« in Kraft zu setzen und damit die türkische Wirtschaft massiv zu treffen. Während dieser »Feuerpause« soll sich die YPG aus den von den türkischen Truppen inzwischen besetzten Gebieten zurückziehen, was die Demokratischen Kräfte Syrien (SDF) auch akzeptiert haben, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Allerdings gilt diese Zusage nur für ein sehr viel kleineres Territorium als die von der Türkei insgesamt beanspruchte »Sicherheitszone«. Ob diese kurzfristige außenpolitische Operation deshalb Aussicht auf Erfolg im Sinne eines dauerhaften Waffenstillstandes hat, ist mehr als zweifelhaft.

Ungeachtet dessen wird es angesichts der rasanten geo-politischen Umwälzungen sowie der daraus resultierenden enormen wirtschaftlichen und politischen Risiken höchste Zeit, dass die europäische und deutsche Außenpolitik auf den Strategiewechsel in der US-Außenpolitik mit einem radikalen Wechsel ihrer eigenen Außenpolitik reagieren. Nur mit der massiven Stärkung eines umfassenden, zivilen internationalen Krisen-Managements bei gleichzeitiger Verstärkung der Bemühungen um eine Zurückdrängung der eigenen inneren Spaltung wird Europa der zunehmenden Zerstörung der alten Weltordnung mit einer eigenständigen Außenpolitik konstruktiv begegnen können. Daran mitzuwirken, wäre eine politische Aufgabe der Linken insgesamt.

³ Siehe hierzu auch: Friedrich Steinfeld, Der Nahe und Mittlere Osten als weltpolitisches Pulverfass, Supplement der Zeitschrift Sozialismus.de Nr. 2/2019.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

